

II-9444 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4765/J

1989-12-15

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Müller, Weinberger, Strobl, Mag. Guggenberger und Genossen

an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten
betreffend die Umweltverträglichkeitsprüfung bei Baustoffen

Im Tiroler Landtag wurde im Oktober d.J. von Abg. Ing. Obermaier u.a. der Antrag (Zl. 238/89) eingebracht, eine Umweltverträglichkeitsprüfung bei allen Baustoffen zwingend vorzuschreiben.

Dieser Antrag wurde von ÖVP und FPÖ mit dem Hinweis auf den zu großen Verwaltungsaufwand abgelehnt. Darüberhinaus wurde mitgeteilt, daß die Bundesländer mittels einer Beamtengruppe "Technische Handelshemmnisse" dabei seien, eine Vereinbarung nach Art. 15a B-VG über die Zusammenarbeit im Bauwesen zu erarbeiten. Wesentlicher Inhalt dieser Vereinbarung werde die Schaffung eines "Österreichischen Institutes für Bautechnik" sein. Danach könnten nähere Regelungen über Baustoffe bzw. deren Umweltverträglichkeit getroffen werden.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten nachstehende

A n f r a g e :

1. Wie ist der Stand der Verhandlungen der o.a. Arbeitsgruppe?
2. Ist die Schaffung eines "Österreichischen Institutes für Bautechnik" ein "wesentlicher Inhalt" der Verhandlungen?
3. Ist abzusehen, "daß sich die Länder verpflichten, die technische Begutachtung von Bauprodukten für eine nach ihren Rechtsvorschriften vorgese-

- 2 -

hene behördliche Begutachtung durch das Österreichische Institut für Bautechnik durchführen zu lassen und diese Gutachten für die Entscheidung über behördliche Zulassung heranzuziehen"?

4. Sind Sie bereit, den Bürgermeistern als Baubehörde aufbereitete Unterlagen, die über die Umweltverträglichkeit von Baustoffen informieren, zur Verfügung zu stellen?